

Leserbriefe

Leserbriefe

Die Causa Fischer – ein Trauerspiel

Ausgabe vom 17. April
«Auch die Rolle von SRF ist problematisch»

Der SRF-Redaktor Pascal Schmitz wird in Zukunft wohl keine vertraulichen Interviews mehr führen. Und der «10vor10»-Moderator Arthur Honegger war weit entfernt von objektiver Berichterstattung, als er in der Sendung von einer «investigativen Recherche» Pascal Schmitz' in der Causa Patrick Fischer sprach. Von «investigativ» kann keine Rede sein. Denn Patrick Fischer hat während des Mittagessens mit dem SRF-Redaktor Schmitz von sich aus von seinem gefälschten Covid-Zertifikat erzählt (dafür wurde er verurteilt und hat eine happige Busse bezahlt) – und nicht während des Interviews vor laufender Kamera. Es ist augenfällig, dass viele Journalisten des Schweizer Fernsehens ihren Job unseriös ausüben. Man denke da nur an die «Arena», in der unlängst Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen, Albert Rösti vehement angriff. Der Bundesrat verbat sich das. Und was tat der Moderator Mario Grossniklaus? Er rief nicht zur Mässigung auf, sondern forderte Mazzone auf, Rösti weiter anzurempeln. Ich wünsche mir vom Schweizer Fernsehen mehr Objektivität. Und Pascal Schmitz muss nicht weiter abgeurteilt werden: Interviewpartner wird er keine mehr finden. Natürlich hat Patrick Fischer mit seinem gefälschten Covid-Zertifikat falsch gehandelt. Aber ihn – wie die Menschen früher – auf dem Scheiterhaufen zu verbrennen, das geht gar nicht.
Hansjörg Hüppi, Winterthur

Bundesverfassung einhalten

Ausgabe vom 23. April
«Finger weg vom Eigenheim der alten Leute!»

«Oma soll umziehen». Mit diesem Titel und der Forderung ältere Bürgerinnen aus ihren Wohnungen oder Häusern in kleinere Behausungen umzusiedeln, erntete die «Süddeutsche Zeitung» vor zwei Jahren zu Recht einen Sturm von Empörung. Ältere Personen müssen selbst entscheiden dürfen, wann sie ihr Zuhause verlassen möchten, der Staat hat sich rauszuhalten. Mit Erschrecken musste ich feststellen, dass diese Forderung auch in der Schweiz angekommen ist. Das Bundesamt für Wohnungswesen sieht Verdichtungspotential bei älteren Einfamilienhäusern und dafür sollen Seniorinnen und Senioren ihr Haus verlassen. Zum Einfamilienhaus passt das englische Sprichwort «my home is my castle». Im Einfamilienhaus wurde die Familie gegründet, die Kinder aufgezogen, die Enkelkinder gehütet und die Urenkel verwöhnt. Ältere Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer haben fast ihr ganzes Leben im Einfamilienhaus verbracht, fühlen sich hier zu Hause und die vielen positiven Erinnerungen geben ihnen Kraft und Zuversicht. Ältere Menschen sollten nicht aus ihrem vertrauten Heim gerissen werden, wie die

Redewendung «Einen alten Baum verpflanzt man nicht» treffend beschreibt. Im eigenen Haus muss man so lange wohnen dürfen, wie man will. Nicht jede Schnapsidee aus dem grossen Kanton muss von der Bundesverwaltung übernommen werden. Vielmehr gilt es, die Bundesverfassung einzuhalten, die Eigentums-garantie ist im Artikel 26 verankert.

Ralph Bauert, Geschäftsführer Hauseigentümerverband Region Winterthur

Wer trägt die Mehrkosten?

Ausgabe vom 15. April
«Die Schweiz wächst zum Glück. Sonst müssten wir den Laden dichtmachen»

30/50 km/h, jetzt reicht's. Die Flut von Leserbriefen für Tempo 30 auf allen Strassen in der Stadt Schaffhausen nimmt ein unerträgliches Ausmass an. Sicher gibt es Orte in den Quartieren, wo Tempo 30 sinnvoll und angebracht ist. Aber auf den Hauptverkehrsachsen wie Bachstrasse, Steigstrasse, Hochstrasse, Rheinuferstrasse, Buchthalerstrasse

und dort, wo der ÖV unterwegs ist, kann man Tempo 30 nicht einhalten, weil sonst die VBSH zusätzliche Kurse einsetzen müssen, damit sie den Taktfahrplan einhalten können. Da stellt sich dann die Frage, ob die 30-Befürworter (vor allem linke Parteien) die Mehrkosten übernehmen. Sicher sind die Steuerzahler nicht einverstanden, wenn diese zusätzlichen Mehrkosten über Steuergelder finanziert werden müssen.
Kurt Meyer, Neuhausen

Wenn das Wohlbefinden leidet

Ausgabe vom 25. April
«Mobbing ist kein Migrationsproblem»

Die Schule fördert das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler» (Legislaturziel 1 der Schulpflege Winterthur): Eisblöcke auf den Kopf, Schläge mit dem Unihockeystock, Diebstähle, Sachbeschädigungen, zerstossene Fahrradreifen, zerschnittene Kleidungsstücke, Drohungen und Nötigungen – all das ist wohl kaum förderlich für das Wohlbefinden der Schülerschaft und des Personals. Und die zuständige Stadträtin (Martina Blum, Grüne)

bezieht kaum Stellung zu den einzelnen Darstellungen und Vorwürfen. Inzwischen beteiligen sich rund sechzig Eltern an den Aktionen. Vielleicht weist ein weiteres Legislaturziel der Schulpflege und der Stadträtin den Weg: «Die Schule Winterthur kommuniziert transparent und nachvollziehbar, damit Politik und Öffentlichkeit ihre Anliegen verstehen.» Da reibt man sich schon wieder die Augen und hofft, dass sich im Schulhaus Wyden die Verhältnisse aus den Jahren 2017/18 im Kreis Altstadt nicht wiederholen, die zur Nichtwiederwahl eines Kreisschulpflegepräsidenten führten. Hoffentlich nicht.
Hans-Peter Gisler, Winterthur

Der Verkehr lässt sich nicht halbieren

Ausgabe vom 15. April
«Mitte-Links-Parteien setzen der Stadtentwicklung Leitplanken»

Das Stadtparlament hat mit 31 zu 21 Stimmen dem Richtplan zugestimmt. «Herzstück» ist die Senkung des motorisierten Individualverkehrs von rund 42 Prozent auf 20 Prozent – also mehr als eine Halbierung bis 2040. Dieses Ziel wirkt auf mich weniger als ein realisti-

scher Plan denn als politisches Wunschdenken. Ein grosser Teil des Verkehrs in Winterthur ist regionaler Pendlerverkehr, der kaum lokal steuerbar ist. Wohn- und Arbeitsstandorte sowie die überregionale Infrastruktur setzen hier klare Grenzen. Gleichzeitig zwingt der Wohnkostendruck viele Menschen in günstigere, oft schlechter erschlossene Gebiete – mit entsprechend autoabhängigen Pendelwegen. Auch die Entwicklung der Arbeitswelt spricht eher gegen eine Entlastung: Viele Unternehmen holen ihre Mitarbeitenden nach der Homeoffice-Phase wieder zurück ins Büro. Der Pendlerverkehr dürfte damit kaum kleiner werden. Hinzu kommt: Seit der Abstimmung 2021 zur Netto-Null-2040-Vorlage ist nach meinem Kenntnisstand keine erkennbare Reduktion des motorisierten Individualverkehrs festzustellen. Trotz ambitionierter Ziele bleibt der Verkehr stabil. Eine Halbierung bis 2040 erscheint damit nicht als realistische Perspektive, sondern als politisch gesetzte Zielgrösse ohne erkennbare Grundlage. Gleichzeitig sollen bis 2040 rund 35'000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Als Wirtschaftsstandort ist Winterthur auf funktionierende Erreichbarkeit angewiesen.

Wer diese Realität ernst nimmt, müsste eher über den Ausbau der Ausfallachsen sprechen als über weitere Einschränkungen. Bleibt die Frage der Glaubwürdigkeit: Würde auch nur einer der 31 zustimmenden Stadtparlamentarier eine substanzielle persönliche Wette darauf eingehen, dass der motorisierte Individualverkehr bis 2040 tatsächlich halbiert wird?
Ruedi Brem, Winterthur

Klare Diplomatie statt Aufrüstung

Zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Im Zusammenhang mit der Flugzeugbeschaffung wird immer wieder auf die gesteigerte Gefahrenlage der Schweiz hingewiesen. Welche gesteigerte Lage denn? Gehen wir doch einmal von der fast hundertprozentigen Annahme aus, dass uns kein direkter Nachbar als Feind und nur uns Schweizerinnen und Schweizer in kriegerischer Absicht angreift. Wenn es dann einem Staat von ausserhalb Europas, also einem Staat aus östlicher Richtung, doch einfallen sollte, dies zu tun, dann müsste er ja einen zu EU-angehörigen Staaten um die Bewilligung ersuchen, mit Mann und Material durch das betreffende oder die betreffenden Länder Richtung Schweiz marschieren zu dürfen. Sollte dieser Einmarsch jedoch dadurch möglich werden, dass dieser angenehme Feind die gesamte Militärmacht Europas plus die USA (NATO) besiegt hätte, dann wäre, so glaube ich, auch für uns Schweizerinnen und Schweizer der Moment gekommen, zu versuchen, die Angelegenheit auf diplomatischem Weg zu lösen. Denn unabhängig davon, mit wie vielen Milliarden wir nun aufrüsten: Wir wären einer solchen Supermacht schon von der personellen Stärke her nicht ebenbürtig. Nicht, dass wir keine Armee bräuchten, aber wir brauchen dieselbe eines Tages bei Aufständen im Inneren. Wer das dann sein wird, möchte ich hier nicht namentlich nennen, denn es sind nur persönliche Annahmen, mit denen ich aber nicht allein bin. Beachten wir diese Fakten, sollten wir unsere Rüstung entsprechend ausrichten. Zum Beispiel keine Überschall-Jagdflugzeuge etc., sondern für lokale, für Kämpfe im Inland geeignete, flexible Waffen (Helikopter, Drohnen, Boden-Luft-Raketen etc.). Wir haben noch Zeit, die Anschaffungen gut zu überlegen. Was wir aber heute schon präventiv machen können, ist eine klare Diplomatie, die uns bisher schon durch zwei Weltkriege geführt hat – ohne nennenswerte Schäden und ohne menschliche Verluste.
Hans L. Cattaneo, Winterthur

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung interessiert uns. Leserbriefe sollten möglichst kurz und prägnant sein (maximal 1500 Zeichen) und mit Vornamen, Nachnamen und Adresse versehen sein. Die Redaktion behält sich vor, die Zuschriften aus Platzgründen zu kürzen. Senden Sie Ihre Texte an **leserbriefe@landbote.ch.** (red)

Die letzten Geheimnisse einer rationalen Welt von Ruedi Widmer

Nr. 1314 / Strassenverkehr

